

Aktuelle Studien 1

Mai 1997

Klemens Büscher

Machtwechsel in Chişinău

Die Republik Moldau unter neuer Führung

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

BÜRO KIEW

C 99 - 01031

**Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Kiew**

Klemens Büscher

Machtwechsel in Chişinău

Die Republik Moldau unter neuer Führung

Aktuelle Studien 1
Mai 1997



C 99 - 01031

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung ist (auch in Auszügen) nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der FES gestattet.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Kiew
POB 470/1
UA-252004 Kyiv
Telefon/Telefax ++38 044-220 43 78

© Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 1997

Inhalt	Seite
Ursachen für den Sieg Lucinschis	
Zerfall des alten Mitte-Links-Konsenses	5
Spaltung der Gesellschaft um die nationale Frage	6
Die Stichwahl: "Rumänophobie" stärker als "Russophobie"	7
Anti-Snegur-Kampagne der Medien	7
Verschärfte Wirtschaftskrise	8
Stillstand bei den Gesprächen mit Transnistrien	10
Die neue Führung in Chişinău	
Der neue Präsident	12
Das "Kabinett der Totgeweihten"	13
Zentrale Problemfelder der Innenpolitik	
Intensivierung der Wirtschaftsreformen	14
Vorwahlkampf und Parteienentwicklungen	15
Die Verhandlungen mit Tiraspol	17
Schwerpunkte der Außenpolitik	
Das Verhältnis zu Rußland	19
Die Beziehungen zu Kiew und Bukarest	21
Moldova zwischen West und Ost	23
Anhang	25

Machtwechsel in Chişinău

Die Republik Moldau unter neuer Führung

Am 1. Dezember 1996 wurde der bisherige Parlamentsvorsitzende Petru Lucinschi im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen mit 54.02 % der abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten der Republik Moldau gewählt. Auf den bisherigen Amtsinhaber Mircea Snegur, der nach dem ersten Wahlgang noch mit 38.71 % vor Lucinschi (27.69 %) die Führung innehatte, entfielen lediglich 45.98 % der Stimmen. Damit hat GUS-Republik, die kleine seit Juni 1995 Mitglied des Europarats, den ersten demokratischen Machtwechsel an der Staatsspitze seit Erlangen der Unabhängigkeit 1991 erlebt, der nach Ablauf der regulären fünfjährigen¹ Amtszeit Snegurs insgesamt geordnet und friedlich vollzogen wurde. Dies kann als ermutigendes Signal für die demokratische Entwicklung gelten in einem Staat, dessen Stabilität durch den ungelösten Konflikt um den abgespaltenen Osten des Landes, die sogenannte "Transnistrische Moldaurepublik", großen Belastungen ausgesetzt ist.²

Getrübt wird dieses Bild jedoch durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise des Landes und eine vor allem während des Wahlkampfes sichtbar werdende extreme Polarisierung der Gesellschaft. 1996 war zweifellos kein gutes Jahr für die zwischen Rumänien und der Ukraine gelegene Republik. Die neue Führung unter Lucinschi und dem am 24. Januar 1997 vereidigten neuen Ministerkabinett unter Premierminister Ion Ciubuk steht vor enormen innenpolitischen Problemen und hat Mühe, die hohen Erwartungen der moldauischen Bevölkerung bis zu den kommenden Parlamentswahlen im Frühjahr 1998 zu erfüllen.

Ursachen für den Sieg Lucinschis

Zerfall des alten Mitte-Links-Konsenses

Nach einer durch nationalistische Euphorie geprägten Politik Anfang der neunziger Jahre, die mitverantwortlich war für den Ausbruch des Dnjestr-Bürgerkrieges im Frühsommer 1992, leiteten die Parlamentswahlen vom Februar 1994 eine Phase relativer Stabilität ein. Die Demokratische Agrarpartei Moldovas (DAPM), aus deren Lager sowohl Snegur als auch Lucinschi stammten, verfügte

¹Die im Juli 1994 verabschiedete Verfassung Moldovas sieht eine nur noch vierjährige Amtszeit des Präsidenten vor.

²U.S Department of State: Moldova Country Report on Human Rights Practices for 1996, released by the Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, January 30, 1997.

gemeinsam mit der Linksfraktion aus Sozialisten und Jedinstwo-Bewegung über eine komfortable Regierungsmehrheit und stellte mit Andrei Sangheli den Premierminister. Die Wahlen bedeuteten zugleich eine klare Absage an die von den national-demokratischen Rechtsparteien vertretene Option einer Vereinigung mit dem historisch, sprachlich und kulturell eng verwandten Rumänien. Höhepunkt der Stabilitätsphase war die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung im Juli 1994. Die vor allem von Snegur initiierte Politik behutsamer Reformen bei gleichzeitiger Konsolidierung des unabhängigen moldauischen Staates geriet jedoch schon bald ins Stocken. Der ursprüngliche Konsens der Mitte-Links-Kräfte zerfiel, als die Regierung Reformen zunehmend verschleppte, während sich Präsident Snegur mit Blick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen rechtszentristischen Positionen annäherte. Formal manifestierte sich die Teilung des DAPM-Lagers im September 1995 in der Gründung der Partei der Wiedergeburt und Versöhnung Moldovas (PWVM), die auch im Parlament mit 10 DAPM-Überläufern vertreten ist und Snegur unterstützt.

Spaltung der Gesellschaft um die nationale Frage

Die Richtungskämpfe innerhalb und zwischen den Parteien sowie zwischen den Führungspersonlichkeiten des Landes wurden vor dem Hintergrund der problematischen moldauischen Identitätsfrage zur ernsthaften Belastung der politischen Stabilität. Snegur war mit seiner Initiative vom Frühjahr 1995, die Staatssprache offiziell von Moldauisch in Rumänisch umzubenennen, nicht nur auf entschiedenen Widerstand der Parlamentsmehrheit gestoßen, sondern hatte zugleich radikale Anhänger des Moldovanismus³, der eigenständigen moldauischen Identität und Nation, mobilisiert. Die ethnisch moldauische Bevölkerung teilt mehrheitlich eine eigenständige moldauische Identität, was von einflußreichen prorumänischen Kräften innerhalb der kulturellen und politischen Intelligenz als Ergebnis sowjetischer Denationalisierungspolitik kritisiert wird.⁴ Extreme Vertreter des Moldovanismus sehen die moldauische Nation eng mit dem ostslawischen Kulturraum verbunden und setzen sich konsequent für eine enge Integration in die GUS ein. Pan-rumänische Kräfte hingegen halten eine rasche Vereinigung mit Rumänien und klare Abgrenzung von Rußland für den einzigen Weg einer nationalen Wiedergeburt und Europäisierung Moldovas. Daß sich mit den herannahenden Präsidentschaftswahlen das Klima der Auseinandersetzungen verschärfte und auf beiden Seiten geradezu hysterische Ausmaße annahm, deutet auf die beträchtliche Unsicherheit, mit der viele Moldauer Fragen der eigenen Identität und der Zukunft ihrer nationalen Entwicklung gegenüberstehen. Hinzu kommt, daß die nationalen, überwiegend

russischsprachigen Minderheiten eine Vereinigung des Landes mit Rumänien kategorisch ablehnen. Unter dem Einfluß der extremen Linken (Sozialisten, Jedinstwo-Bewegung, Kommunisten) empfinden sie bereits die Betonung kultureller Gemeinsamkeiten zwischen Moldauern und Rumänen als Bedrohung ihrer eigenen nationalen Existenz.

Die Stichwahl: "Rumänophobie" stärker als "Russophobie"

Obwohl selbst kein Anhänger einer Vereinigung mit Rumänien, entschied sich Snegur im Sommer 1996 angesichts der Schwäche seiner eigenen PWVM für ein Zweckbündnis mit der prorumänischen Rechten (Christdemokratische Volksfront), die in ihm das kleinere Übel gegenüber den übrigen, als prorussisch eingeschätzten Kandidaten sah.⁵ Damit verzichtete Snegur praktisch auf das Stimmenpotential der nationalen Minderheiten, sicherte sich jedoch durch das weitgehende Fehlen ernsthafter Konkurrenz rechts der politischen Mitte einen hohen Stimmenanteil bereits im ersten Wahlgang. Indessen kam es im linken Lager zu weiteren Spaltungen: Ein Teil der Agrardemokraten unterstützte die Kandidatur des streng moldovanistischen Ministerpräsidenten, während die übrigen Lucinschi favorisierten. Von der Fraktion aus Sozialisten und Jedinstwo hatten sich bereits Kommunisten und sozialdemokratische Gruppen abgespalten. Erstere stellten ihren Vorsitzenden Vladimir Voronin als Kandidaten auf, während sich letztere größtenteils für den formal parteiunabhängigen Parlamentspräsidenten einsetzten. Die einzige Überraschung des ersten Wahlgangs bestand im schwachen Abschneiden Sanghelis, das von Beobachtern als klares Mißtrauensvotum an die Regierung und die sie tragende Partei der Agrardemokraten gedeutet wurde (Vgl. Anhang, Tab. 1). In der entscheidenden Stichwahl vom 1. Dezember zeigte sich, daß der bisherige Präsident lediglich die Stimmen der weiteren Rechtskandidaten hinzugewann, während Lucinschi nicht nur sämtliche Wähler der linken und linkszentristischen Parteien sowie die nationalen Minderheiten, sondern auch zahlreiche Nichtwähler des ersten Wahlgangs für sich mobilisieren konnte (Vgl. Anhang, Tab. 2). Darüber hinaus wurde offenkundig, daß nach der dynamischen Entwicklung der letzten zwei Jahre die gegenwärtige Zusammensetzung des Parlaments weder die Stimmung unter der Wahlbevölkerung noch die realen Kräfteverhältnisse im Parteiensystem des Landes reflektiert.

Anti-Snegur-Kampagne der Medien

Die Polarisierung der moldauischen Gesellschaft war erschreckend deutlich in den Medien des Landes zu spüren, die während des Wahlkampfes jeweils für bestimmte Kandidaten Stellung bezogen und beträchtlich zur Aufheizung der Atmosphäre beitrugen. Die parteigebundenen Printmedien unterstützten

³Igor Munteanu: 'Moldovanism' as a Political Weapon, in: Transition, 4. Oktober 1996, S. 47-49.

⁴Vgl. zur Problematik der moldauischen Identität Charles King: Post-Soviet Moldova: A Borderland in Transition, London (Royal Institute of International Affairs) 1995; Claus Neukirch: Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa, Münster 1996.

⁵Dan Ionescu: Moldova Slides Back And to the Left, in: Transition, 7. Februar 1997, S. 55-56.

naturgemäß die Kandidaten ihrer jeweiligen Partei. Aber auch die beiden offiziellen landesweiten Tageszeitungen entwickelten sich immer mehr zu gegen Snegur gerichteten Kampfblättern, wobei die rumänischsprachige *Moldova Suverană* bis zum ersten Wahlgang den Premier unterstützte, während die russischsprachige *Nezavisimaja Moldova* von Anfang an auf Lucinschi setzte.⁶ Die offene Verletzung des Wahlgesetzes durch die zur Neutralität verpflichteten offiziellen Medien wurde von der zentralen Wahlkommission jedoch nicht geahndet. Auch die beiden Fernsehkanäle des Landes, der staatliche Sender *TVM* und das private *Catalan TV*, das nicht an die Bestimmungen des Wahlgesetzes gebunden war, stellten sich nach dem ersten Wahlgang eindeutig hinter Lucinschi. Allerdings ist deren Einfluß im Lande eher begrenzt: *TVM* sehen nur 45 % der moldauischen Bevölkerung, während der Privatsender nur wenige Prozent der Haushalte erreicht.⁷ Festzuhalten bleibt jedoch, daß es Snegur nicht gelang, sich der Unterstützung einflußreicher Journalisten zu versichern.

Verschärfte Wirtschaftskrise

Zweifellos war auch die sich 1996 zuspitzende Wirtschaftskrise mit ausschlaggebend für die Wahlentscheidung. Ebenso wie im Bereich der Politik geriet auch in der Ökonomie des Landes die 1994/95 erreichte relative Stabilität des Landes zunehmend ins Wanken. Hatten sowohl Regierung als auch internationale Finanzorganisationen Anfang letzten Jahres für 1996 noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von über 5 % vorhergesagt, so brachte insbesondere die zweite Jahreshälfte erneut einen katastrophalen Produktionseinbruch in Landwirtschaft und Industrie. Nach offiziellen Angaben ging das Bruttoinlandsprodukt 1996 um 8 % zurück,⁸ betrug somit nur noch 35 % des Wertes von 1989. Die Produktionskapazitäten in der Industrie werden nur zu 5-30 % genutzt, während die Lagerbestände der Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr um 40 % zunahmen. Besonders dramatisch ist die Lage in der Landwirtschaft, wo nach einem Produktionswachstum von 4 % im Vorjahr nun ein Rückgang um 13 % zu verzeichnen war, der nur zum Teil auf schlechte Wetterbedingungen zurückzuführen ist. Vier Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe, in einigen Gebieten sogar 100 %, gelten als bankrott.⁹ Die Bedeutung dieser Misere wird klar angesichts der Tatsache, daß der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft (ohne Transnistrien) in der traditionell agrarisch geprägten Republik mittlerweile auf 48 % gestiegen ist (1990: 33 %). Aufgrund weiter nachlassender Konkurrenzfähigkeit moldauischer Erzeugnisse stieg das

Außenhandelsdefizit von 95 Mio. US-Dollar (1995) auf 275 Mio. US-Dollar, was einem Drittel des Exportvolumens entspricht.¹⁰ Die Auslandsschulden der Republik Moldau sind 1996 weiter angestiegen und haben mit über 950 Mio. US-Dollar mittlerweile eine Größenordnung von knapp 50 % des BIP erreicht.¹¹ Zudem muß 1997 mit der Rückzahlung internationaler Kredite begonnen werden. Große Sorge bereitet auch der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Investitionen um 15 % im Vergleich zu 1995 sowie der fortschreitende Verfall der Infrastruktur. Lediglich die Inflationsrate konnte wie vorgesehen von 23,8 % (1995) auf 15,1 % gesenkt werden, nicht zuletzt dank der konsequenten Politik des Vorsitzenden der Nationalbank, Leonid Talmaci.

Die schlechte gesamtwirtschaftliche Lage hat zu einer deutlichen Verschärfung der sozialen Probleme geführt. Die Einnahmen des Staatshaushalts erreichten 1996 mit 1239 Mio. Lei (rund 265 Mio. US-Dollar) nur 79 % der geplanten Summe. Die vorgesehenen Zahlungen in die staatlichen Sozialfonds wurden nur zu 53 % realisiert.¹² Das Haushaltsdefizit, daß zwischen 1992 und 1995 von 26,2 % auf 5,5 % des BIP gesenkt werden konnte, hat mit 8 % des BIP den für 1996 geplanten Wert von 3,5 % weit verfehlt. Bei der Auszahlung von Staatsgehältern und Sozialleistungen stieg die Verschuldung bis Ende 1996 auf den Rekordwert von knapp 700 Mio. Lei, was die sozialen Spannungen erheblich verschärfte. Katastrophal ist auch die Lage im Gesundheits- und Bildungswesen: baufällige Krankenhäuser und Schulen müssen schließen, im Sommer spitzt sich die Ausbreitung von Epidemien, im Winter die Energiekrise dramatisch zu, unterbezahltes Personal verläßt in Scharen ihre Arbeitsstellen, etwa 5000 schulpflichtige Kinder können gar nicht unterrichtet werden. Die Arbeitslosenquote beträgt in der Republik Moldau (einschließlich der verdeckten Arbeitslosigkeit durch langfristigen Zwangsurlaub) bereits 15 %.¹³

Zu den Ursachen der Misere zählen Experten in erster Linie die Rückständigkeit sowie die hochgradige Abhängigkeit der moldauischen Wirtschaft von ausländischen, vornehmlich russischen Energieträgern. Auch der politische Separatismus stellt weiterhin ein zentrales Entwicklungshindernis für Staat und Wirtschaft des Landes dar.¹⁴ Hinzu kommen jedoch "hausgemachte" Versäumnisse der Sangheli-Regierung, die es in den letzten zwei Jahren an konsequenten Reformen mangeln ließ, wobei insbesondere der Wahlkampf im zweiten Halbjahr 1996 jede Reforminitiative lahmlegte. Die Ende 1995 abgeschlossene Voucher-Privatisierung krankt an fehlenden Regelungen zur realen Ausübung der Eigentumsrechte. In der Tabakindustrie kam der

⁶The European Institute for the Media: Preliminary Report, Düsseldorf, 2 December 1996; Monitoring the media coverage of the Moldovan Presidential Elections in November/December 1996, Final Report, prepared by the European Institute for the Media, Düsseldorf, February 1997.

⁷The 'Insurmountable Polarization' of Moldovan Society, in: Transition, 29 November 1996, S. 26-27.

⁸Ministry of Economics: Moldovan Economic Trends, Chişinău, February 1997, S. 2, 5ff.

⁹Ion Căbuc: Ekonomika Moldovy i kardinal'nye napravlenija ee reformy, Nezavisimaja Moldova, 18.3.1997.

¹⁰"O torgovo-ekonomičeskom sotrudničestve Moldovy v 1996 godu", Ekonomičeskoe obozrenie - Logos press, N. 10, mart 1997, S. 9.

¹¹Infotag, 14.4.1997.

¹²Ion Căbuc, a.a.O.

¹³Ebd.

¹⁴UNDP: 1996 National Human Development Report-Republic of Moldova, Chisinau 1996, S. 3f.

Privatisierungsprozeß ins Stocken. Dringend notwendige Reformen der Steuergesetzgebung sowie die Umstrukturierung des Energiesektors stehen noch aus. Vor allem die Landreform und Privatisierung des agroindustriellen Komplexes stößt auf hartnäckigen Widerstand der Kolchosdirektoren und ihrer Lobby in der Demokratischen Agrarpartei. Im April und im Oktober 1996 erklärte das Verfassungsgericht Gesetze für verfassungswidrig, mit denen die DAPM die Landprivatisierung zu blockieren versuchte. Von der landwirtschaftlichen Gesamtfläche befinden sich erst rund 4 % im Besitz von Privatbauern. Auch bei der Beschaffung von Staatskrediten und der Annullierung von Altschulden bankrotter Betriebe erwies sich die Agrarlobby in der Vergangenheit als besonders durchsetzungsfähig. Die unbefriedigenden Ergebnisse der Wirtschaftspolitik führten Anfang 1997 erstmals zu Spannungen mit den internationalen Finanzorganisationen: Vertreter des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank äußerten ernsthafte Besorgnis über die schleppende Entwicklung des Reformprozesses in Moldova.¹⁵

Stillstand bei den Gesprächen mit Transnistrien

Keine Fortschritte wurden im vergangenen Jahr bei der Lösung des Transnistrienkonflikts erzielt. Während sich die 1995 eingerichtete Territorialautonomie der Gagauzen im Süden Moldovas als angemessene politische Lösung eines Separationskonflikts bewährt hat und nur durch die andauernde Wirtschaftskrise belastet wird, sind die Positionen der moldauischen Regierung und der Führung Transnistriens weiterhin unvereinbar.¹⁶ Die seit 1994 laufenden Gespräche zwischen Präsident Snegur und dem Führer der "Transnistrischen Moldaurepublik" Igor Smirnov sowie zwischen Expertengruppen beider Seiten konzentrierten sich in der ersten Jahreshälfte 1996 auf die Verabschiedung eines gemeinsamen Memorandums über Grundsätze einer Normalisierung des Konflikts. Als Vermittler bei den Verhandlungen agieren eine ständige OSZE-Mission sowie Vertreter Rußlands und der Ukraine. Im Frühsommer 1996 einigten sich beide Seiten auf einen Text, demzufolge Transnistriens Status als "staatlich-territoriale Formation in Form einer Republik" "innerhalb der international anerkannten Grenzen Moldovas" definiert werden solle. Tatsächlich beinhaltet diese ungenaue Kompromißformel keinerlei Aussagen zu den umstrittenen konkreten Verhandlungspunkten¹⁷, ist insofern kaum mehr als die Wiederholung einer

gemeinsamen Erklärung von 1994, mit der beide Seiten ihre Absicht zur friedlichen Konfliktregelung bekundet hatten. Dennoch lehnte Snegur die Unterzeichnung des Memorandums im Sommer 1996 ab, offensichtlich mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen, bei denen er auf Stimmen aus dem national-rumänisch orientierten Lager hoffte.¹⁸ Zudem hatte sich der eigentliche Zweck des Memorandums, dem russischen Präsidenten durch eine feierliche Unterzeichnung in Moskau im Juni 1996 Wahlkampfhilfe zu leisten, erübrigt, als Jelzins Krankheit eine solche Zeremonie nicht mehr zuließ. In der zweiten Jahreshälfte kamen dann die Gespräche zwischen Chişinău und der Führung in der transnistrischen Hauptstadt Tiraspol weitgehend zum Stillstand. Der Streit um das Memorandum und der mangelnde Fortschritt bei der Versöhnung beider Landesteile demonstrierte denjenigen Wählern, die an einer vernünftigen Kompromißlösung mit Tiraspol interessiert sind, daß eine solche Lösung unter dem bisherigen Präsidenten kaum noch möglich war. Snegurs Kalkül, daß die Teilung des Landes für viele Bewohner der rechtsufrigen Moldau keine prioritäre politische Frage (mehr) ist und seine dezidiert antitransnistrische Position keine Stimmen kosten würde, ging offensichtlich nicht auf.

Ohne wesentliche Bedeutung für den Wahlausgang in Moldova war dagegen die Position der Tiraspoler Führung. Zuvor war vielfach die Erwartung geäußert worden, Smirnov würde die prorussischen Kandidaten gegen Snegur unterstützen und dazu möglicherweise einer größeren Zahl von Transnistriern die Teilnahme an der Wahl ermöglichen. Plausibler erscheint jedoch die gegenteilige Annahme, daß "Smirnov große Sorge vor einem moldauischen Präsidenten Lucinschi"¹⁹ hatte. Für diese Einschätzung spricht, daß das separatistische Regime in Tiraspol durch eine extreme großrussische Ideologie stabilisiert wird, bei der der Hinweis auf den am Bürgerkrieg von 1992 beteiligten Snegur stets als bequemes Hauptargument für die Abgrenzung von Chişinău diene.²⁰ Auch nach den Wahlen hat Smirnov mehrfach aus der mit 46 % der Wähler immer noch großen Unterstützung Snegurs eine permanente militärische Bedrohung seiner Region abzuleiten versucht, um die unversöhnliche Haltung der "Transnistrischen Moldaurepublik" zu legitimieren.²¹ Im Hinblick auf Lucinschi kommt hinzu, daß dessen enge Kontakte in Moskau Smirnovs Einfluß in der russischen Staatsduma empfindlich einschränken könnten. Tatsächlich hat die Tiraspoler Führung keine eindeutige Unterstützung selbst der deutlich prorussischen Kandidaten Sangheli

¹⁵Basa-Press, 10.1.1997.

¹⁶Zum Transnistrienkonflikt vgl. ausführlich Klemens Büscher: Separatismus in Transnistrien. Die "PMR" zwischen Rußland und Moldova, in: Osteuropa, H. 9/1996, S. 860-875; Jeff Chinn, Steven D. Roper: Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism: The Case of Moldova, in: Nationalities Papers 23 (1995), No. 2, S. 291-325; Charles King, Eurasia Letter: Moldova with a Russian Face, in: Foreign Policy 97 (Winter 1994-1995), S. 106-120; A. Roška, A. Zavtur: Političeskie reformy: uslovie utverzdenija gosudarstvennosti i spločeniya obščestva, in: Socioanaliz, N. 1, 1996, S. 13-21.

¹⁷Die wichtigsten Streitpunkte liegen in der transnistrischen Forderung nach eigener Armee, eigenen Sicherheitsbehörden, der Einbeziehung der rechts des Dnjestr gelegenen Stadt Bender in das

(linksufrige) transnistrische Gebiet und der internationalen Anerkennung der transnistrischen "Staatlichkeit".

¹⁸Die zusätzliche Begründung, Snegur wolle mit seiner Weigerung eine Teilnahme Transnistriens an den gesamt moldauischen Präsidentschaftswahlen verhindern, da er dort kaum unterstützt wird, überschätzt die Bedeutung des Memorandums. Eine gemeinsame Wahl erfordert eine zumindest grundsätzliche Einigung über den transnistrischen Status sowie die konkrete Regelung wichtiger prozeduraler Fragen, was das Memorandum bei weitem nicht gewährleistet.

¹⁹Autoreninterview mit Lev Rosenberg, ehemaliger Journalist aus Tiraspol, 12.12.1996.

²⁰Vgl. Klemens Büscher, a.a.O., S. 862.

²¹So zuletzt auf einer Pressekonferenz in Tiraspol, Interfaks-Rossija, 3.4.1997.

und Voronin erkennen lassen. Unter den Transnistriern, die trotz der Einschüchterungen durch transnistrische Medien und Sicherheitskräfte an den moldauischen Präsidentschaftswahlen teilnahmen (4.000 am ersten Wahlgang, knapp 10.000 am zweiten Wahlgang), sind keineswegs eindeutige prorussische Sympathien zu erwarten; genaue Angaben zu ihrem Wahlverhalten liegen jedoch nicht vor. Wie schon bei den vorangegangenen Lokal- und Parlamentswahlen in Moldova (1995 bzw. 1994) verweigerte die separatistische Führung in Tiraspol erneut rund 400.000 transnistrischen Wahlberechtigten die Ausübung ihres verfassungsmäßigen Wahlrechts.

Die neue Führung in Chişinău

Der neue Präsident

Snegur hatte für den Fall seiner Wiederwahl angekündigt, eine Erweiterung seiner Vollmachten durch entsprechende Verfassungsänderungen anzustreben. Demgegenüber gilt Petru Lucinschi als Anhänger der bestehenden gemischten parlamentarisch-präsidentiellen Verfassungsordnung und hebt sich damit von Staatspräsidenten anderer GUS-Staaten ab, die die enormen postsowjetischen Transformationsprobleme durch die Konzentration weitreichender Kompetenzen in einer Hand zu lösen versuchen. Dies ist insofern bemerkenswert, als Lucinschis Wahlkampfparole "Stabilität, Ordnung, Wohlstand" durchaus autoritären Elementen der politischen Kultur Moldovas entgegenzukommen scheint. Aufgrund seiner Persönlichkeit wird Lucinschi jedoch eher als ein auf Ausgleich und Harmonie bedachter Politiker charakterisiert, der herausragende kommunikative Fähigkeiten mit einem gewissen Mangel an Entscheidungsfreudigkeit und Konsequenz kombiniert. In seinem Hang zu Kompromissen, die "es allen recht machen" sollen, sehen Kritiker insbesondere Parallelen zu Michail Gorbatschow, dem der neue moldauische Präsident seinen Aufstieg in den letzten Jahren der Sowjetunion zu verdanken hat. Seine Bilderbuchkarriere führte ihn vom Funktionär des moldauischen Komsomol zum Abteilungsleiter für Propaganda beim ZK der KPdSU. Anschließend war er als Zweiter Parteisekretär in Tadschikistan tätig, um 1989 als Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros des ZK der KPdSU nach Moskau zurückzukehren. Nach einem Jahr als Botschafter der Republik Moldau in Moskau wurde er im Februar 1993 zum Parlamentsvorsitzenden in Chişinău gewählt.

Lucinschis Verwurzelung im sowjetischen Parteiapparat, die Unterstützung durch die extremen Linksparteien bei den Präsidentschaftswahlen, aber auch einige prorussische Äußerungen im Wahlkampf verleiteten ausländische

Beobachter dazu, in ihm den "Mann Moskaus"²² zu sehen. Insbesondere rumänische Medien sprachen nach der Wahl vom "Russophilen", der "Leninismus im Blut"²³ habe. Konkret befürchtete man, Moldova würde unter dem neuen Präsidenten die Wirtschaftsreformen weiter verlangsamen, den Transnistrienkonflikt durch übermäßige Zugeständnisse an das extremistische Regime in Tiraspol zu lösen versuchen und außenpolitisch einen "weißrussischen Weg" beschreiten. In der Tat vertrat Petru Lucinschi in den letzten Monaten durchaus widersprüchliche Positionen, die sein Bestreben kennzeichnen, die Polarisierung der moldauischen Gesellschaft zu überwinden. In der besonders umstrittenen Sprachenfrage trat er dafür ein, durch Kompromißregelungen beide Bezeichnungen (Rumänisch und Moldauisch) zuzulassen, ohne sich selbst auf eine Variante festzulegen.²⁴ In seiner Rede zur Amtseinführung sprach er vom Ausbau der Wirtschaftskooperation mit den GUS-Staaten, ließ aber zugleich an der Priorität einer europäischen Integration seines Landes keinen Zweifel. Klarer als erwartet sprach er sich für die Umsetzung des 1994 von Chişinău und Moskau vereinbarten, von der Russischen Staatsduma jedoch nicht ratifizierten Abkommens über den Abzug der russischen Truppen aus.²⁵ Für die Wirtschaftspolitik kündigte der neue Präsident, der nach eigenem Bekunden sozialdemokratischen Positionen nahesteht, neue Reforminitiativen an.

Das "Kabinett der Totgeweihten"

Nachdem Ministerpräsident Sangheli durch seinen Rücktritt den Weg für eine neue Regierungsbildung freigemacht hatte, ernannte Präsident Lucinschi Ion Ciubuk, früherer stellvertretender Leiter der moldauischen Planungsbehörde und seit 1990 bereits mehrmals stellvertretender Minister, zum neuen Regierungschef. Ciubuk war bis zu seiner Nominierung Leiter des moldauischen Rechnungshofes und gilt als gemäßigter Reformier. Sein sehr rasch vom Parlament akzeptiertes Expertenkabinett wurde von wenigen als "Signal der Kontinuität" begrüßt²⁶, von den meisten Beobachtern jedoch als Enttäuschung bezeichnet: Über die Hälfte der bisherigen Minister behielten ihre Posten, drei Viertel der Kabinettsmitglieder gehören der bei den Wahlen desavouierten Demokratischen Agrarpartei an. Die erwartete Straffung der Kabinettsstruktur wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Kommunisten, denen Lucinschi seinen Wahlsieg zu verdanken hat, stellen mit Mihai Plămădeală den Innenminister. Als positive Veränderung gilt lediglich der frühere Botschafter in Moskau Valeriu Pasat, mit dem erstmals ein Zivilist das Verteidigungsressort übernahm. Außenminister blieb Mihai Popov, der in der Vergangenheit für die gemäßigt

²²"Moskaus Mann siegt in Moldawien", Süddeutsche Zeitung, 3.12.1996.

²³Auszug aus rumänischen Pressereaktionen in Nezavisimaja Moldova, 27.12.1996.

²⁴Petr Lucinskij: Prošu sčitat' menja prezidentom, Kommersant, N.46, 10.12.1996.

²⁵Nezavisimaja Moldova, 16.1.1997

²⁶So der Leiter der Chişinăuer UN-Vertretung Winston Temple, Autoreninterview, 21.3.1997.

prowestliche Politik des Landes verantwortlich war.²⁷ Angesichts der kurzen Frist, die der neuen Regierung zur Lösung der enormen wirtschaftlichen und sozialen Probleme bis zu den Parlamentswahlen bleibt, zogen es offensichtlich einige potentielle Kandidaten vor, auf ein Ministeramt in diesem "Kabinett der Totgeweihten" zu verzichten. Hinter den Kulissen wurde von der Unzufriedenheit des Präsidenten mit der neuen Regierung berichtet, bei deren Zusammensetzung er über wenig Kompetenzen verfügt. Zudem mußte Lucinschi erkennen, daß sich sein Rückhalt im gegenwärtigen Parlament auf einige Mandatsträger der DAPM und sozialdemokratisch orientierte Splittergruppen beschränkt. So überrascht es nicht, daß nach zähem Ringen bei der Wahl des neuen Parlamentsvorsitzenden der DAPM-Parteichef Dumitru Moţpan den Vorzug vor dem bisherigen Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden und engen Vertrauten Lucinschis, Dumitru Diacov, erhielt. Lucinschi hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, die Spaltung zwischen den obersten Machtoorganen überwinden und gemeinsame Reformanstrengungen aller Entscheidungsträger gewährleisten zu wollen. Daher verzichtete er zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit der im Parlament immer noch einflußreichen Demokratischen Agrarpartei, die zumindest bis zu den kommenden Parlamentswahlen gemeinsam mit Teilen der Sozialisten die Regierungsarbeit bestimmen wird.²⁸

Zentrale Problemfelder der Innenpolitik

Intensivierung der Wirtschaftsreformen

Premierminister Ciubuk stellte bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt ein umfassendes und vielversprechendes Reformprogramm vor, mit dem er die wirtschaftliche und soziale Krise des Landes überwinden will. Vordringliche Ziele des Regierungsprogramms sind die Gewährleistung eines realen Wachstums des BIP um 5-7 %, die Verringerung des Außenhandelsdefizits, die Senkung der Inflationsrate auf 10-13 % sowie die Gewährleistung wachsenden Wohlstandes der Bevölkerung.²⁹ Im Vordergrund der Politik stehen demnach Steuerreformen und die Stärkung der Finanzdisziplin der Unternehmen, Stimulierung der Industrieproduktion, Fortsetzung der Privatisierung gegen Geld, Demonopolisierung und Restrukturisierung des Energiesektors, umfassende Agrarreform, Förderung des Exports und der Wirtschaftskooperation insbesondere mit GUS-Staaten. Bereits zuvor hatte Präsident Lucinschi per

Dekret Sofortmaßnahmen der Regierung zur stufenweisen, vollständigen Auszahlung der ausstehenden Gehälter und Renten bis Ende März 1998 eingefordert.³⁰

Ungeachtet des ambitionierten Programms sind die Aussichten für durchgreifende Erfolge der Regierung Ciubuk eher zweifelhaft. Zwar wurde die von Weltbank und Internationalem Währungsfond seit langem geforderte Erhöhung der Energietarife zum 1. März beschlossen, doch findet eine konsequente Umstrukturierung der staatlichen Energie- und Kommunikationsmonopole bislang keine parlamentarische Mehrheit. Anfang März setzte die Agrarlobby Kompensationszahlungen an die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe in Höhe von 250 Mio. Lei aufgrund der schlechten Wetterbedingungen des Vorjahres durch, die erneut mit Altschulden verrechnet wurden.³¹ Nach teilweise heftigen Diskussionen verabschiedete das Parlament Ende März den Staatshaushalt für 1997, der - bei weitgehendem Verzicht auf eine Steigerung der Investitionsausgaben - ein Defizit von nur 3 % des BIP vorsieht.³² Die dafür erforderliche stufenweise Erhöhung der Einnahmequote bei Steuern und Abgaben von gegenwärtigen 65 % auf 80-85 % zum Jahresende setzt allerdings eine Reihe von Maßnahmen voraus, die auf entschiedenem Widerstand der reformfeindlichen Kräfte im Parlament stoßen werden. In einer Grundsatzrede vor den Abgeordneten am 5. März mahnte der Präsident zur Unterstützung konsequenter Reformpolitik und verwies dabei auf mindestens 38 neue Gesetze sowie etliche Gesetzesnovellen, deren Verabschiedung durch das Parlament besonders dringlich sei.³³ Demgegenüber mehren sich in den Reihen der Sozialisten und Kommunisten, aber auch der Demokratischen Agrarpartei, die Klagen über die Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die "das Volk in die Katastrophe" führe und zu "Sklaven des Westens" mache. Anders als in präsidentialen Systemen wie etwa der Rußländischen Föderation verfügt das Parlament in Moldova über weitreichende Kompetenzen, die zur Blockade des im Mai 1996 mit dem Währungsfond vereinbarten Dreijahresprogramms und zum Scheitern der moldauischen Reformpolitik führen könnten.

Vorwahlkampf und Entwicklungen im Parteiensystem

Angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse im Parlament besteht eine vordringliche Aufgabe Petru Lucinschis darin, die kommenden Parlamentswahlen zur Stärkung seiner Machtbasis im obersten Gesetzgebungsorgan zu nutzen. Er selbst wird dabei vermutlich keiner

²⁷Kurzbiographien aller Kabinettsmitglieder in *Nezavisimaja Moldova*, 28.1.1997.

²⁸Anatolij Golja: *Ni rossijskoj guberniej, ni rumynskoj provinciej*, in: *Novoe vremja*, N. 50, dekabr' 1996, S. 19.

²⁹"Programma dejatel'nosti Pravitel'stva Respubliki Moldova na janvar' 1997 g. - mart 1998 g. (Osnovnye položenija)", *Ekonomičeskoe obozrenie - Logos press*, N. 10, mart 1997, S. 16f.

³⁰*Nezavisimaja Moldova*, 29.1.1997; zum Reformprogramm vgl. auch die ausführliche Darstellung des Ministerpräsidenten, Ion Ciubuk, a.a.O.

³¹*Moldavskie vedomosti*, 15.3.1997.

³²*Infotag*, 1.4.1997.

³³*Infotag*, 5.3.1997.

parteipolitischen Gruppierung beitreten, um das Image des unabhängigen, überparteilichen Landesvaters nicht zu gefährden. Sein enger Vertrauter Dumitru Diacov, dem Ambitionen auf das Amt des Regierungschefs nachgesagt werden, hat die Federführung bei der organisatorischen Konsolidierung des Lucinschi-Lagers übernommen. Da sich diese Konsolidierung erst im Anfangsstadium befindet, wird Lucinschi voraussichtlich auf eine Parlamentsauflösung und vorzeitige Neuwahlen verzichten. Unter der Regie Diacovs wurde Anfang Februar die Bewegung "Für ein demokratisches und prosperierendes Moldova" gegründet, die die Anhänger des Präsidenten in allen Landesteilen organisatorisch einbinden und die als Dachorganisation der Lucinschi unterstützenden Parteien dienen soll.³⁴ Parallel dazu schlossen sich Ende März fünf sozialdemokratisch orientierte Parteien zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Moldovas (VSDPM) zusammen, die das parteipolitische Rückgrat des Pro-Lucinschi-Blocks bilden soll. Allerdings kam es dabei zur Spaltung der ursprünglichen Sozialdemokratischen Partei, deren größerer Flügel der VSDPM fernblieb. Ergebnislos blieben bislang die Versuche, den Reformflügel der Demokratischen Agrarpartei in das Lager des Präsidenten einzubinden. Die DAPM verfügt als einzige Partei neben den Kommunisten über funktionierende Strukturen in allen Regionen des Landes und genießt – so sie ihre organisatorische Einheit bewahrt – deutliche größere Unterstützung in der Bevölkerung, als das schwache Ergebnis Andrei Sanghelis bei der Präsidentschaftswahl vermuten läßt.

Vom Vorwahlkampf geprägt ist auch die Entwicklung der extremen Linksparteien, die ungeachtet ihrer Unterstützung für Lucinschi am 1. Dezember ihre Opposition zur gegenwärtigen Führung des Landes erklärt haben. In der Fraktion aus Sozialisten und Jedinstwo-Bewegung wurde vor allem Unmut über die monoethnische Zusammensetzung der Regierung und die Vernachlässigung der Belange nationaler Minderheiten geäußert. Lucinschis Versäumnis, die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen, treibt diese unvermeidlich in eine Allianz mit Kommunisten. Ende Februar bildeten Sozialistische Partei, Jedinstwo-Bewegung und die Union der Kommunisten Moldovas (UKM), eine kommunistische Splittergruppe, den Block der volkspatriotischen Kräfte. Persönliche und ideologische Differenzen hatte zuvor zur Gründung der UKM auf der Grundlage einer Chişinău-er Parteiorganisation der Moldauischen Kommunistischen Partei (MKP) des Präsidentschaftskandidaten Voronins geführt.³⁵ Unabhängig von künftigen Spaltungs- und Vereinigungsprozessen bescheinigen Beobachter den extremen Linksrufen in Moldova ein Wählerpotential von 10-20 %.

Während sich linke Parteien des in Rußland üblichen politischen Vokabulars bedienen, machte das Wahlbündnis des Ex-Präsidenten aus PWVM und Christdemokratischer Volksfront Anleihen an rumänischen Sprachgebrauch: Unmittelbar nach der Wahlniederlage verkündeten sie ihre Absicht zur Etablierung einer Demokratischen Konvention Moldovas als ständiger Dachorganisation der rechten und rechtszentristischen Opposition. Allerdings ist die Wählerschaft Snegurs nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit dem Potential rechtsgerichteter Parteien bei den weniger personenbezogenen Parlamentswahlen. Zudem sind die persönlichen und inhaltlichen Differenzen zwischen Volksfront und Snegur nur schwer zu überwinden. Einige der kleineren rechtszentristischen Parteien verweigerten bisher ihre Unterstützung einer solchen Allianz in der Hoffnung, mit eigenen Bündnissen den Weg ins Parlament zu schaffen. Die Partei der Demokratischen Kräfte (PDK) des Präsidentschaftskandidaten Valeriu Matei verfügt über einen erstaunlich stabilen Wählerstamm, der ihr den Einzug ins kommende Parlament auch unabhängig von Wahlbündnissen sichern würde. Die kleineren rechtszentristischen Oppositionsparteien werden zugleich von Diacovs Bewegung umworben und könnten im nächsten Jahr bei der Regierungsbildung entscheidenden Einfluß gewinnen.

Die Verhandlungen mit Tiraspol

Unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten überraschte Petru Lucinschi seine Anhänger wie Opponenten mit der Erklärung, das im Frühsommer 1996 mit Tiraspol verhandelte Memorandum in der vorliegenden Form nicht unterzeichnen zu wollen. Mit der Begründung, im Text des Memorandums fehle der Hinweis auf die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Moldovas, übernahm Lucinschi exakt die Linie seines Vorgängers. Frühzeitig bemühte sich der moldauische Präsident um Kontakte zu Igor Smirnov, konnte die transnistrische Seite jedoch nicht zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen bewegen. Tiraspol machte jegliche Gespräche abhängig von der Unterzeichnung des unveränderten Textes und erhielt dabei Rückendeckung von russischen Politikern³⁶ und der linken Opposition im moldauischen Parlament. Ausschlaggebend war jedoch die Position des im Herbst 1996 berufenen Leiters der OSZE-Mission in Moldova, Donald Johnson. Dieser hatte bei seinem Bericht Mitte Februar vor dem Ständigen Rat der OSZE in Wien den Entwurf des Memorandums als unzureichend bezeichnet, vor der Schaffung eines gefährlichen Präzedenzfalls in Europa gewarnt und eine Unterzeichnung der Vereinbarung strikt abgelehnt.³⁷ Schließlich war es der russische Außenminister Primakov, der bei seinem Besuch in der Republik Moldau im April Smirnov zum

³⁴Nezavisimaja Moldova, 7.2.1997.

³⁵Zemlja i Ljudi, 15.3.1997.

³⁶So z.B. vom russischen Sonderbotschafter Vladimir Kitajev in einem Grundsatzartikel zu den russisch-moldauischen Beziehungen, Nezavisimaja Moldova, 10.1.1997.

³⁷Infotag, 27.2.1997; Moldavskie vedomosti, 15.3.1997; Dnestrovskaja pravda, 13.3.1997.

Einlenken bewegte. In einem neu eingefügten Artikel 11 des Memorandums bestätigen beide Seiten, ihre Beziehungen "im Rahmen eines gemeinsamen Staates in den Grenzen der Moldawischen SSR von Januar 1990" aufbauen zu wollen.³⁸ Am 8. Mai 1997 wurde das Memorandum in einer feierlichen Zeremonie in Moskau vom moldauischen Präsidenten und seinem transnistrischen Gegenpart sowie von den Präsidenten Rußlands und der Ukraine und vom Amtierenden Vorsitzenden der OSZE unterschrieben. In einer interpretativen Zusatzklärung machten die drei Vermittler klar, daß die Vereinbarung den OSZE-Grundprinzipien der territorialen Integrität und Souveränität des OSZE-Mitglieds Moldova nicht widerspricht.³⁹ Das Zustandekommen der Vereinbarung als Ergebnis russischer Einflußnahme bestätigte erneut die oft geäußerte Annahme, der Schlüssel zur Lösung des Transnistrienkonflikts liege in Moskau.

Ungeachtet der positiven Signalwirkung der Moskauer Vereinbarung ist der Konflikt von einer endgültigen Regelung noch weit entfernt. Aussagen der transnistrischen Führung in den letzten Wochen legen nahe, daß Tiraspol zu echten Kompromissen nicht bereit ist. Vor Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung der GUS legte der transnistrische Außenamtschef Valeri Lizkaj im März erneut sein Modell eines vertraglich konstituierten Doppelstaats vor, in dem alle wesentlichen Entscheidungen durch paritätisch besetzte Gremien aus Vertretern Chişinău und Tiraspol getroffen werden.⁴⁰ Über den Umweg dieser eher einer brüchigen Allianz ähnelnden Konstruktion versucht das separatistische Regime, seine Eigenstaatlichkeit international zu legitimieren. Demgegenüber besteht die moldauische Seite auf einer Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes durch Delegation weitreichender Kompetenzen an eine autonome Republik Transnistrien im Rahmen der Verfassungsordnung Moldovas. Über die bisherigen Gesprächsformen hinaus hat Präsident Lucinschi neue Initiativen vorgeschlagen, u. a. die Einrichtung einer als "Mini-Dayton" charakterisierten intensiven Verhandlungsrunde in einem Moskauer Vorort. Eine im März eingesetzte interministerielle Kommission soll die moldauische Politik gegenüber der abgespaltenen Region koordinieren und insbesondere zur ökonomischen Annäherung beider Seiten beitragen.⁴¹ Auf dem Gipfeltreffen der GUS-Staaten Ende März wurde der Beschluß zur Einrichtung eines Komitees gefaßt, das bis Juni Vorschläge zur Regelung der Separationskonflikte im GUS-Raum erarbeiten soll.⁴²

³⁸Nezavisimaja gazeta, 12.4.1997.

³⁹Die russischen Medien feierten das Abkommen als Erfolg der russischen Diplomatie und vermieden Hinweise auf die Rolle der OSZE. Die Hauptnachrichtensendung "Vremja" des 1. russischen Fernsehkanals ORT erwähnte bei dem Bericht über die Zeremonie am 8. Mai die Anwesenheit des Amtierenden OSZE-Vorsitzenden und die Zusatzklärung mit keinem Wort.

⁴⁰Nezavisimaja Moldova, 11.3.1997.

⁴¹Infotag, 13.3.1997.

⁴²Interfaks-Rossija, 31.3.1997.

Unterdessen spiegelte sich die Verhärtung der transnistrischen Position auch in zunehmenden Spannungen mit der OSZE-Mission wider, deren Leiter vorübergehend zur unerwünschten Person in Transnistrien erklärt wurde.⁴³ Weiterhin behindert Tiraspol die Mission bei der Ausübung des militärischen Teils ihres Mandates⁴⁴: Der Zugang zu umstrittenen Militärobjekten auf transnistrischer Seite bleibt den internationalen Diplomaten versperrt. Zugleich mehren sich die Anzeichen dafür, daß Tiraspol eine beständige Aufrüstung seiner Streitkräfte betreibt und mittlerweile auch schwere Waffen in Betrieben produziert, die in der offiziell entmilitarisierten Sicherheitszone beiderseits des Dnjestr gelegen sind. Ein zentrales Hindernis auf dem Weg einer politischen Kompromißlösung des Transnistrienkonflikts bleibt neben der fortgesetzten Unterstützung des Regimes aus Rußland⁴⁵ die autoritäre innere Verfassung der "Transnistrischen Moldaurepublik", deren Führer Smirnov sich bei einer inszenierten Abstimmung Ende Dezember erneut zum Präsidenten wählen ließ. Zurecht verwies der Berater des moldauischen Präsidenten für Fragen des Separationskonflikts Anatol Țăranu darauf, daß eine dauerhafte Regelung des Konflikts einen Mechanismus zur Einbindung der gegenwärtigen transnistrischen Elite in die gesamt moldauische politische Elite beinhalten muß.⁴⁶

Schwerpunkte der Außenpolitik

Das Verhältnis zu Rußland

Aufs engste mit dem Separationskonflikt verbunden sind die Beziehungen der Republik Moldau zur Rußländischen Föderation.⁴⁷ Im Vordergrund steht nach wie vor das ungelöste Problem des russischen Truppenabzugs aus Transnistrien. Die 1994 geschlossene Vereinbarung zum Abzug der ehemaligen 14. Armee innerhalb von drei Jahren blieb Makulatur, da die russische Staatsduma eine

⁴³Nezavisimaja gazeta, 20.3.1997.

⁴⁴Zur Tätigkeit der OSZE in Moldova vgl. Klemens Büscher: Möglichkeiten und Grenzen des OSZE-Konfliktmanagements in Moldova, in: Ethnos-Nation, H. 2/1995, S. 71-84; Stefan Troebst: Die Langzeitmissionen der KSZE/OSZE in Mazedonien und Moldova aus der Binnensicht, in: Magarditsch Hartschikjan, Peter R. Weilemann (Hrsg.): Nationalismen im Umbruch. Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa, Köln 1995, S. 232-248.

⁴⁵Die Unterstützung drückt sich nicht zuletzt im "Kaderimport" aus Rußland aus: Der neue transnistrische "Innenminister" war bis zu seiner Ernennung Anfang 1997 als Generalmajor der Miliz Leiter der Abteilung Inneres der Gebietsverwaltung Kalinigrad. Darüber hinaus war es in der Vergangenheit erneut die russische Duma, die durch eine Resolution im November 1996 und durch die Einrichtung eines ständigen Transnistrien-Ausschusses im Februar 1997 der transnistrischen Führung Beistand leistete.

⁴⁶Nezavisimaja Moldova, 21.3.1997.

⁴⁷Anneli Ute Gabanyi: Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 16-1996; Mariana Hausleitner: Die Moldaurepublik und die Rußländische Föderation, in: Südosteuropa-Mitteilungen, H. 4/1996, S. 344-352.

Ratifikation des Abkommens verweigert. Nicht zuletzt auf Drängen internationaler Organisationen hat Moskau dennoch seine Bereitschaft erklärt, die Truppen abziehen, stellt aber die Bedingung einer "Synchronisation" mit der Regelung des politischen Status Transnistriens. Daraus ergibt sich der fatale Umkehrschluß, daß nur das Offenhalten des Transnistrienkonflikts eine dauerhafte militärische Präsenz Rußlands in Moldova sichert. Chişinău blieb demgegenüber bei seiner zuletzt auf dem Lissabonner OSZE-Gipfel (Dezember 1996) bestätigten Position, wonach Truppenabzug und Konfliktregelung parallele, aber voneinander unabhängige Prozesse seien. Die letzten Wochen brachten jedoch eine Annäherung der Standpunkte, als die russische Regierung ihre Absicht bekanntgab, die Truppenstärke bis zum Jahresende von knapp 6.000 auf 2.500 zu reduzieren. Der moldauische Präsident bescheinigte nach seinem Besuch in Moskau erstmals öffentlich der russischen Armee eine "stabilisierende Rolle" in der Region. Zugleich zeigte Chişinău Verständnis für die enormen technischen Probleme, die einen raschen Abzug insbesondere der großen Waffen- und Munitionsbestände unmöglich machten.⁴⁸ Hintergrund dieser Wandlung der moldauischen Position scheint vor allem der pragmatische Ansatz Lucinschis zu sein: In der Tat würden bei einem sofortigen Truppenabzug sämtliche Liegenschaften sowie der nicht transportable Teil der Munition und Gerätschaften Rußlands in die Hände des separatistischen Regimes fallen, das seine Ansprüche darauf unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat. In den für Moskau prioritären Fragen eines dauerhaften russischen Militärstützpunkts und der Mitwirkung Moldovas an militärischen GUS-Strukturen, die die Aufgabe der Neutralität des Landes bedeuten würden, hat Lucinschi bislang jedoch kein Nachgeben erkennen lassen.

Neben der militärisch-politischen Problematik zählt die Schuldenfrage zu den drängenden Problemen Moldovas im Verhältnis zu Rußland. Die hochgradige Abhängigkeit der Moldaurepublik von Energieträgern aus Rußland hat einen Schuldenberg entstehen lassen, der die gesamte Reformpolitik zunehmend belastet. Für russische Gaslieferungen ist das Land mit 570 Mio. US-Dollar verschuldet, wovon allerdings 300 Mio. US-Dollar auf Lieferungen an Transnistrien entfallen. Die moldauische Führung setzt die im letzten Jahr begonnenen intensiven Verhandlungen über eine Umstrukturierung der Schuld fort, die regelmäßig von russischen Drohungen begleitet werden, die Gaslieferungen einzustellen. Ein im Dezember vom Parlament ratifiziertes Abkommen mit dem russischen Konzern RAO Gasprom wurde im Frühjahr konkretisiert und sieht die Abgabe von moldauischen Wertpapieren an Gasprom in Höhe von 140 Mio. US-Dollar vor.⁴⁹ Einigung wurde mit Rußland auch über ein Grundsatzprotokoll über langfristige Wirtschaftskooperation bis zum Jahr

⁴⁸Infotag, 28.2.1997.

⁴⁹"Moldova opłatiť značiteľnú časť dolga Rusii cennými bumagami", Ekonomičeskoe obozrenie - Logos press, N. 11, mart 1997, S. 4.

2000 erzielt, das den Weg für ein Bündel von Kredit-, Liefer- und Umschuldungsabkommen freimachen soll.⁵⁰ Unterdessen entwickelte sich die moldauische Handelsbilanz mit Rußland im letzten Jahr mit einem Saldo von 135 Mio. US-Dollar durchaus positiv. Insgesamt bleibt die Rußländische Föderation wichtigster Handelspartner Moldovas, auch wenn sie beim Import 1996 erstmals von der Ukraine vom ersten Platz verdrängt wurde.⁵¹

Die Beziehungen zu Kiew und Bukarest

Im Verhältnis Moldovas zur Ukraine stellt das deutlich gestiegene Handelsdefizit von 250 Mio. US-Dollar (1996) gegenwärtig das größte Problem dar. Handelshemmnisse für moldauische Alkohol- und Tabakprodukte, gestiegene Transportkosten auf ukrainischem Gebiet und erhöhte Energieimporte aus der Ukraine waren für die Entwicklung ausschlaggebend.⁵² Im April 1997 kündigten moldauische Exporteure an, Lieferungen nach Rußland künftig unter Umgehung ukrainischen Territoriums abwickeln zu wollen, nachdem die ukrainische Eisenbahngesellschaft den Warentransit erneut verteuert hat.⁵³ Unterschiedliche Interessen bestehen auch hinsichtlich der von Rußland angebotenen Modernisierung des moldauischen Kraftwerks, die die Stromimporte aus der Ukraine überflüssig werden ließe. Unterdessen haben im März die Präsidenten beider Länder in Chişinău eine Erklärung zur Schaffung einer Zollunion unterzeichnet, die dem bilateralen Handel neuen Auftrieb geben soll. Ein entsprechendes Abkommen soll noch in diesem Jahr beim Besuch Petru Lucinschis in Kiew geschlossen werden. Geplant sind darüber hinaus gemeinsame Kontrollen an der moldauisch-ukrainischen Grenze sowie intensiverte Zusammenarbeit der benachbarten Grenzregionen. Auf einer Pressekonferenz in Chişinău betonte der ukrainische Präsident Leonid Kutschma, die geplante Zollunion sei im Unterschied zur weißrussisch-russischen Zollunion ein rein wirtschaftlicher Zusammenschluß zweier gleichberechtigter Staaten.⁵⁴ Gerade diese Bemerkung illustrierte jedoch den politischen Charakter des Vorhabens, das im Zusammenhang steht mit dem Bemühen Kiews, im eigenen "nahen Ausland" eine aktivere, von Rußland unabhängige Politik zu betreiben.⁵⁵

Die Grundlage zur Intensivierung der ukrainisch-moldauischen Beziehungen wurde Ende 1996 gelegt, als die Parlamente beider Länder den 1992 unterzeichneten bilateralen Freundschaftsvertrag ratifizierten. Eine Vereinbarung

⁵⁰Itar-Tass, 15.4.1997.

⁵¹Beim Export entfielen 53,7% auf Rußland und 6% auf die Ukraine, beim Import 27,5% auf die Ukraine und 27,4% auf Rußland.

⁵²Nezavisimaja Moldova, 15.1.1997.

⁵³Unian-Den', 12.4.1997. An der Realisierbarkeit des Vorhabens bestehen jedoch große Zweifel.

⁵⁴Nezavisimaja Moldova, 12.3.1997.

⁵⁵Rostislav Chotin, V Kişineve Prezident Kučma v pervye primeril diplomatičeskij kostjum ukrainskogo pošiva, Zerkalo nedeli, 15.3.1997.

über den Schutz und die Förderung der ukrainischen Minderheit in Moldova sowie der moldauischen Minderheit in der Ukraine wurde bereits im Februar 1996 geschlossen, konnte allerdings das Problem des mangelnden Zugangs ukrainischer Massenmedien in Moldova bisher nicht lösen.⁵⁶ Die Verhandlungen beider Staaten über einen Grenzvertrag wurden 1997 intensiviert und sollen bis zum 1. Juli zum Abschluß kommen. Annäherung wurde auch in der Frage der Eigentumsansprüche auf dem Gebiet des jeweiligen Nachbarstaats erzielt.⁵⁷ Auf ausdrücklichen Wunsch der Führungen in Chişinău und Tiraspol bemüht sich die Ukraine um eine aktivere Vermittlerrolle im Transnistrienkonflikt. Die Gespräche Leonid Kutschmas in der moldauischen Hauptstadt konzentrierten sich auf Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit transnistrischen Gebieten und die Frage der Entsendung ukrainischer Friedenstruppen in die Sicherheitszone beiderseits des Dnestr.⁵⁸ Diese kam letzten Endes nicht zustande, da die moldauische Regierung auf eine offizielle Einladung an Kiew verzichtete - offensichtlich aus Rücksicht auf Interessen Rußlands: Die Anwesenheit ukrainischer Truppen in Transnistrien würde nicht nur den russischen Einfluß im Konfliktgebiet schmälern, sondern Kiew auch zu Informationen über sämtliche militärische Aktivitäten auf transnistrischem Gebiet und unmittelbarem Zugang zu Militärprojekten verhelfen. Allerdings hat die "Drohung" mit ukrainischen Friedenstruppen im März offensichtlich zur Aktivierung der russischen Vermittlerrolle beigetragen und könnte bei mangelnden Fortschritten des Verhandlungsprozesses künftig erneut ins Spiel gebracht werden.⁵⁹

Weniger erfolgreich waren bisher die besonders sensiblen Kontakte der moldauischen Führung zum dritten "strategischen Partner" Rumänien. Erst Anfang April einigten sich die beiden Außenminister Mihai Popov und Adrian Severin darauf, die Gespräche über den immer noch ausstehenden bilateralen Grundvertrag wiederaufzunehmen, die im Herbst 1996 abgebrochen worden waren.⁶⁰ Wie zuvor bereits die Ukraine versucht auch Moldova die zur Zeit erhöhte Kompromißbereitschaft Bukarests zu nutzen: Rumänien ist bestrebt, seinem Wunsch nach frühzeitiger NATO-Mitgliedschaft durch die Normalisierung der Beziehungen zu seinen Nachbarn Nachdruck zu verleihen. Ungeachtet der offenen Vertragsfrage laufen Gespräche zur Aktivierung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und kulturell-wissenschaftlichen Bereich. Bei seinem ersten inoffiziellen Auslandsbesuch nach der Präsidentschaftswahl im

⁵⁶Die im Februar 1996 begonnene Ausstrahlung des ersten ukrainischen Fernsehkanals mußte im März 1997 aus Finanzgründen eingestellt werden, Interfaks-Ukraina, 14.4.1997.

⁵⁷Infotag, 28.2.1997.

⁵⁸Nezavisimaja Moldova, 12.3.1997; Pridnestrov'e, 15.3.1997.

⁵⁹Der Leiter der OSZE-Mission Johnson äußerte allerdings eine gewisse Skepsis hinsichtlich ukrainischer Friedenstruppen, da Nachbarstaaten entsprechend den Grundsätzen der OSZE für friedenserhaltende Einsätze nicht in Frage kommen - ebenso wie besonders "interessierte" Staaten, zu denen im Falle Transnistriens auch Rußland zählt, Autoreninterview, Chişinău, 20.3.1997.

⁶⁰RFE/RL Newline, 7.4.1997.

Dezember 1996 in Bukarest sprach sich Petru Lucinschi ebenso wie der neu gewählte rumänische Präsident Emil Constantinescu für eine "Entpolitisierung" und Intensivierung der Beziehungen aus. Vorgesehen ist insbesondere die Einrichtung einer Freihandelszone, gemeinsame Umweltschutzprojekte sowie der Bau neuer Brücken über den Grenzfluß Pruth. Auf innenpolitischen Widerstand in Moldova trifft allerdings das Bestreben, die Kooperation im Ausbildungsbereich auszubauen: Moldovanistische Kräfte in Chişinău werfen Bildungseinrichtungen des Nachbarlands antimoldauische Propaganda und "großrumänische Beeinflussung" moldauischer Studenten vor.

Moldova zwischen West und Ost

Neben den Beziehungen zu den "strategischen Partnern" bleibt die europäische Integration erklärte Priorität moldauischer Außenpolitik auch unter der neuen Führung des Landes. In einem ausführlichen Interview bezeichnete Außenminister Popov die schrittweise Integration in die Europäische Union als strategisches Ziel. Vordringliche Aufgabe sei die Schaffung realer Voraussetzungen für die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit Brüssel bis zum Jahr 2000.⁶¹ Dabei ist sich die moldauische Regierung der Tatsache bewußt, daß nur entschiedene Schritte zur wirtschaftlichen Gesundung und Fortführung der Reformen des Landes eine Annäherung an die Europäische Union ermöglichen. Sicherheitspolitisch führt Lucinschi die strikte Neutralitätspolitik seines Vorgängers fort, die einen NATO-Beitritt ebenso wie die militärische Integration im GUS-Rahmen ausschließt. Charakteristisch für die moldauische Politik ist der Versuch, die partnerschaftlichen Beziehungen zur NATO auszubauen und zugleich jede Provokation Rußlands zu vermeiden. Das im März 1996 verabschiedete individuelle Dreijahresprogramm Moldovas im Rahmen der "Partnerschaft für den Frieden" wird ungeachtet zunehmender Kritik linker Oppositionsparteien fortgeführt. Parallel führte der moldauische Verteidigungsminister Pasat jedoch Gespräche mit dem Sekretär des russischen Sicherheitsrats Juri Baturin über gemeinsame Ausbildungsprojekte beider Armeen.⁶² In der Frage der NATO-Osterweiterung, die unter anderem beim Besuch des NATO-Generalsekretärs Solana in Chişinău Anfang Februar erörtert wurde, warnte die moldauische Führung vor "neuen Trennlinien in Europa" und zog sich damit die Kritik der Rechtsparteien zu. Zugleich hat Chişinău die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO keineswegs verurteilt. Im Ergebnis zeigten sich sowohl russische als auch westliche Politiker zufrieden mit der Position Moldovas in dieser Frage.

⁶¹Michai Popov: Evropejskaja integracija - odna iz važnejšich prioritetnych zadač vnešnej politiki Moldovy, Nezavisimaja Moldova, 11.3.1997.

⁶²Basa-Press, 12.2.1997.

Angesichts der innenpolitischen Kräfteverhältnisse und außenpolitischen Konstellationen sieht Petru Lucinschi in einer solchen "Kompromißpolitik" den Schlüssel zur Gewährleistung innerer und äußerer Stabilität. Mehrmals hat der Präsident betont, Außenpolitik müsse in der gegenwärtigen ökonomischen Krisensituation in erster Linie Voraussetzungen für die wirtschaftliche Genesung des Landes schaffen. Aufgrund der doppelten Abhängigkeit Moldovas - vom Energielieferanten und Absatzmarkt Rußland einerseits, von westlichen Krediten andererseits - vertraut Lucinschi auf enge Beziehungen zu Moskau, ohne vom strategischen Kurs einer Westintegration abzuweichen. Die Realisierung dieser Zielsetzung wird jedoch nicht nur von den kommenden Parlamentswahlen abhängen, sondern in entscheidender Weise auch vom internationalen Umfeld, insbesondere der Entwicklung in der Rußländischen Föderation beeinflußt werden. Zweifellos hat der Streit um die NATO-Osterweiterung die Polarisierung der moldauischen Gesellschaft beiderseits des Dnjestrs verstärkt und zugleich den Handlungsspielraum der neuen Führung der Republik Moldau eingeschränkt.

Anhang

Tab. 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen (17.11.1996 und 1.12.1996)

	1. Wahlgang, 17.11.1996 (in %)	2. Wahlgang, 1. 12. 1996 (in %)
Mircea Snegur (PWVM)	38,75	45,98
Petru Lucinschi (Unabhängiger Kandidat)	27,66	54,02
Andrei Sangheli (DAPM)	9,47	-
Vladimir Voronin (MKP)	10,23	-
Valeriu Matei (PDK)	8,90	-
4 weitere Kandidaten insges.	5	-
Wahlbeteiligung	66,97	71,61

Quelle: International Federation for Electoral Systems (IFES), Chişinău.
(Erläuterung: PWVM = Partei der Wiedergeburt und Versöhnung Moldovas, DAPM = Demokratische Agrarpartei Moldovas, MKP = Moldauische Kommunistische Partei, PDK = Partei der Demokratischen Kräfte)

Tab. 2: Wahlverhalten von Titularnation und Minderheiten im 2. Wahlgang

	Moldauer (in %)	Nationale Minderheiten (in %)
Mircea Snegur	57	7
Petru Lucinschi	43	93
Anteil an der aktiven Wahlbevölkerung (geschätzt)	75	25

Quelle: Ion Syrbu: Tak kto že progolosoval za Lučinskogo?, Nezavisimaja Moldova, 26.12.1996.